

Die „Stormarnsche Zeitung“
erscheint wöchentlich 3mal, Sonntags, Mittwochs
und Freitags, mit dem Beiblatt „Illustrirtes Sonntagsblatt“, und kostet in Ahrensburg vierteljährlich
1 Mk. 50 Pf., bei den kaiserlichen Postanstalten
1 Mk. 75 Pf.



Insertate
welche im Kreise Stormarn die weiteste Verbreitung
finden, werden mit 10 Pf. für die 4gespaltene Petit-
zeile oder deren Raum berechnet. Bei mehr als drei-
maliger Wiederholung Rabatt.
Reklamen per Zeile 25 Pfennig.

Stormarnsche Zeitung

Intelligenz- und Anzeigebblatt für den Kreis Stormarn

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Ziese in Ahrensburg.

N^o 457

Ahrensburg, Freitag, den 13. Januar 1882

5. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

(20. Sitzung vom 9. Januar.)

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abg. v. Hertling über die weitere Ausbildung der Fabrikgesetzgebung. Die Interpellation wünscht thunlichste Beseitigung der Sonntagsarbeit, weitere Einschränkung der Frauenarbeit und Verhinderung der übermäßigen Ausdehnung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter. Abg. v. Hertling (Centrum) führt aus, daß der einzelne Arbeiter keinen Einfluß auf die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses habe und die Arbeit annehmen müsse, wo er sie finde. Redner verwarf die sozialistische Staatstheorie, aber auch die Politik des Gehenlassens. Mit den sozialpolitischen Zielen der Regierung sei keine Partei einverstanden, insbesondere verlange sie aber schon jetzt wirksamen Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Das Heiligtum des Familienlebens müsse durch die Gesetzgebung geschützt werden, die Sonntagsarbeit müsse allgemein verboten und das Arbeiten verheirateter Frauen in den Fabriken abge schafft werden. Die Regelung der Maximalarbeitszeit sei schwierig, aber den zu weit gehenden Ausbeutungsversuchen der Menschenkraft müsse der Staat entgegen treten; Maßregeln zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter seien dringend erforderlich, die Fortbildung der Fabrikgesetzgebung müsse Hand in Hand gehen mit der Verwirklichung der durch die kaiserliche Botschaft angekündigten Maßregeln. Reichskanzler Fürst v. Bismarck erkennt die Interpellation als eine wesentliche Unterstützung der Bestrebungen der Regierung an, hält sie aber für verfrüht. Die angeregten Punkte könnten im Frühjahr mit den in Aussicht stehenden Vorlagen der Regierung erledigt

werden. Bezüglich der Unfallversicherung sei er jetzt zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieselbe sich ohne corporative Grundlage nicht durchführen lasse, die corporative Organisation müsse zwangsweise eingeführt werden. Der Ausfall der Wahlen habe ihn belehrt, daß die Arbeiter mit den Intentionen der Regierung nicht einverstanden seien, daß dieselben von der fortschrittlichen Politik des Gehenlassens mehr erwarten als von den Reformversuchen der Regierung. Es sei die Tradition der Hohenzollern-Dynastie, sich der Schwachen im wirtschaftlichen Kampfe anzunehmen, und der Kaiser sei von dem edlen Ehrgeize beseelt, noch in seinem hohen Alter den Anstoß dazu gegeben zu haben, daß für die schwächste Klasse unserer Mitbürger wenigstens eine wesentliche Besserung erzielt werde. Für den Kaiser sowohl als für ihn, den Redner, sei in dieser Beziehung sein Glaube bestimmend, er sei Christ und entschlossen als solcher zu handeln, wenn er glaube, es vor Gott rechtfertigen zu können. Bei allen Maßnahmen sei aber auch zu beachten, daß die Industrie nicht zu hoch belastet werde, damit man die Henne nicht schlachte, die dem Arbeiter die Eier legt. Auch die Frage der Beschränkung der Arbeitszeit müsse sehr vorsichtig behandelt werden, da jedes Geschäft seine Nützlichkeit habe, in der die Leute mit Vergnügen die Nächte durcharbeiten. Auch für die Institution der Fabrikinspektoren sollten möglichst corporative Grundlagen geschaffen werden; dieselben sollten unter der Kontrolle der Corporation wie des Staates stehen. Bis zum April dieses Jahres würden, so hoffe er, die Regierungen in der Lage sein zu bethätigen, daß auch den Schutzlosen im Staate die Ueberzeugung werde, daß der Staat sich ihrer nicht bloß erinnere, wenn es gälte, Steuern zu

zahlen oder Rekruten zu stellen, sondern sie auch schützen und stützen wolle. Abg. Richter-Hagen führt aus, daß die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers, so arbeiterfreundlich sie zu sein vorgebe, thatsächlich im Interesse des Großcapitals und des Großbesitzes sei. Seine Partei habe längst für die Nothwendigkeit positiver Maßregeln für die Arbeiter gewirkt, erwarte die Abhilfe aber nicht von spezifischen Mitteln, sondern von dem Fortschreiten des gesammten Wirtschaftslebens. Der Reichskanzler habe mehrere auf den Schutz der Arbeiter berechnete Gesetzentwürfe liegen lassen, und seine Freunde in der Großindustrie hätten besser gethan, wenn sie, statt Adressen über Gewährung von Schutzöllen abzuschicken, ihre früheren Versprechungen ausgeführt hätten. — Die Debatte wird hierauf vertagt.

(21. Sitzung vom 10. Januar.)

Die Geschäftsordnungs-Commission beantragt die Genehmigung zur Verfolgung der Verbreiter eines sozialistischen Wahlsflugblattes wegen Beleidigung des Reichstages nicht zu ertheilen. Abg. Richter-Hagen bittet die Regierung, den Reichstag mit solchen Straf-Anträgen zu verschonen; die dem Reichskanzler näherstehende Presse beleidige den Reichstag viel stärker wie dies in der Schweiz gedruckte Flugblatt. Staatsminister v. Bötticher bestreitet entschieden, daß die Staatsanwaltschaft bei Anbringung von Anträgen tendenziös verfare. Abg. Richter-Hagen erklärt, daß die Staatsanwälte keine unabhängigen Personen seien; sie müßten sich nach den Weisungen der vorgesetzten Behörden richten. Staatsminister v. Bötticher und Abg. Saro verteidigen die Haltung der Staatsanwälte, die Abgeordneten Braun und Richter-Hagen führen Beispiele an, in welchen die Staatsanwaltschaft gegen Beleidigungen von Abgeordneten eingeschritten sei, welche in sozialistischen und liberalen Blättern gefunden würden, aber nicht gegen gleiche Vergehen der offiziellen Presse. Staatsminister v. Bötticher erklärt, die Regierung wolle, daß nicht Willkür, sondern Gesetz und Recht herrsche und bestreitet, daß Willkür befohlen ist. Abg. Lasker glaubt, daß es keines Beweises bedürfe, daß die Justizverwaltung von der Staatsanwaltschaft mit Rücksicht auf die Parteien gehandhabt würde. Abg. Richter-Hagen erklärt, daß die Staatsanwälte politische Instrumente in der Hand der Regierung geworden sind. Abg. v. Minningeroode protestirt gegen solche Verunglimpfungen von Beamten. Der Commissionsantrag wird angenommen und die Berathung der Interpellation Hertling fortgesetzt. Abg. Grillenberger erklärt die Zeitungsnotiz, daß seine sozialdemokratischen Genossen die Ablehnung der sozialpolitischen Vorlagen des Reichskanzlers beschlossen hätten, für unrichtig. Sie würden im Gegentheil die Vorlagen abwarten, prüfen und ihnen, wenn sie gut sind, zustimmen. Seine Partei sei entschieden gegen die Sonntagsarbeit, für Abschaffung der Frauenarbeit, Einführung eines Kinderarbeitstages und eines Maximalarbeitstages für Männer. Sie verlange eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung und die Einführung von Arbeiterkammern statt des Volkswirtschaftsraths. Abg. Stöcker versichert, daß seine Partei der Forderung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung die größte Sympathie entgegenbringe. Eine internationale Regelung dieser Frage würde die anfänglichen Nachtheile, die eine etwaige Verminderung des Arbeitsverdienstes mit sich bringe, ausgleichen. Abg. Lasker behauptet, daß die 10jährige liberale Gesetz-

glaubte jeden Augenblick an das Pfortchen im Hofe klopfen zu hören, mehrere Mal stieg sie sogar hinab, aber jedes Mal ging sie vergeblich. Mit jeder Stunde wuchs ihre Unruhe und sie verlor sich in die düstersten Vermuthungen, um nur die Ursache der Nachlässigkeit des jungen Grafen zu finden — und doch war sie fest überzeugt, daß er noch heute kommen würde, und wäre es auch nur, um sich wegen seines langen Ausbleibens zu entschuldigen. Je mehr sie an den Eigensinn und die Starrköpfigkeit des alten Grafen dachte, desto mehr wuchs ihre Unruhe, die sich fast zur Verzweiflung steigerte. „Sie entschloß sich daher, in die Nachbarschaft zu gehen, um einen Boten zu finden, der einen Brief von ihr dem jungen Grafen überbringen möchte. Der Untergang der beiden Schiffe des Herrn Ferron, die Flucht seines Associates und die Abwesenheit seines alten Dieners, welche man damit in Verbindung brachte, der unvermeidliche Bankrott Ferrons, alles dies bildete natürlich den allgemeinen Gegenstand der Unterhaltung. Jeder setzte voraus, daß Fräulein Ferron davon wisse, und ihr bleiches Gesicht und ihre rothgeweiteten Augen konnten Jedem nur in

Im Sturme des Lebens.

Erzählung

von J. Rüttgers.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Ferron dachte eine Zeit lang nach, aber aus der Ungewissheit war er damit noch keinen Schritt herausgekommen.

Um nicht länger in dieser schrecklichen Lage zu bleiben, entschloß er sich, rasch in die Stadt zu gehen, um so Sicheres zu erfahren. Ohne daran zu denken, seine Waffen und seinen Regenmantel abzulegen, war er gerade im Begriff, auf die Straße zu treten, als er die Stimme seiner Frau hörte.

„Mein Lieber, Du willst ausgehen?“ fragte sie in einem eigenthümlichen Tone, der mehr Freude als Trauer verrieth.

„Ja, ich gehe aus,“ antwortete Ferron in einem barschen Tone.

„Habe dann die Güte, mir Jemand zu schicken, der mir einen Brief besorgt.“

„Sie sind toll, Madame!“ antwortete er heftig. „Toll und kühn! Suchen Sie, wen Sie wollen, und lassen Sie mich in Ruhe.“

„Nehst Du so mit mir?“ antwortete sie überrascht und beleidigt. „An eine derartige

Behandlung bin ich bis jetzt nicht gewöhnt gewesen,“ fügte sie schluchzend hinzu; „aber ich werde auch dies so stillschweigend ertragen, wie ich es gestern gethan, wo Du mich gezwungen hast, eine Spazierfahrt mit Dir zu machen, obwohl ich ganz unwohl war.“

8.

Elvira, welche gleich nach ihrer Heimkehr zur Ruhe gegangen war, ahnte nicht im Geringssten den Sturm, welcher gegen die Thüren im Anzuge begriffen war.

Seit einigen Tagen hatte sie den Besuch des jungen Grafen erwartet — vergebens harrete sie von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde. — Vielleicht hatten ihn, so dachte sie, während der Woche Geschäfte oder etwa eine kleine Reise abgehalten.

Elvira wußte recht wohl, wie sehr der alte Graf Kanbois gegen die Verbindung seines Sohnes mit ihr eingenommen sei, und so mußte sie denn schließlich an die Möglichkeit der Befürchtung glauben, welche der junge Graf vor einiger Zeit leicht hingeworfen hatte, daß nämlich sein Vater von seiner väterlichen Gewalt Gebrauch machen und ihn nöthigenfalls mit Gewalt zurückhalten würde — freilich kannte sie auch wieder den jungen Grafen zu gut, als daß sie nicht hätte wissen sollen, daß

er derlei Hindernisse um jeden Preis überwinden haben würde.

Von tausend bangen Ahnungen gequält und von den widersprechendsten Gedanken bestürmt, begab sie sich zu ihrer Mutter, obwohl sie sich sagen mußte, daß auch diese ihr keinerlei Erklärungsgrund für das Ausbleiben des jungen Grafen würde geben können.

Wie groß aber war ihr Schrecken, als ihre Mutter ihr von der Aufregung des Vaters und seinen dunklen, unerklärlichen Worten erzählte.

„Jetzt ist doch Alles aus,“ jagte Elvira erschrocken. „Vielleicht hat er Wind von dem ganzen Plane bekommen und dann gnade uns Gott!“

„Du siehst zu schwarz und Deine Angst malt Dir Alles viel schrecklicher, als es ist,“ suchte Madame Ferron zu beschwichtigen, obwohl auch sie sich kaum einer tödtlichen Angst erwehren konnte. „Uebrigens,“ fuhr sie fort, „ist einsteilen nichts zu machen und überlegen wir die Sache ruhig, so werden wir am klüglichen Alles in Ruhe abwarten, was da kommt.“

Elvira begab sich wieder auf ihr Zimmer. Noch immer hoffend, der Gesuchte werde noch heute, wie sonst alle Sonntage, erscheinen, eilte sie jeden Augenblick ans Fenster und

Kreisarchiv Stormarn V 6

A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10 11 12 13 14 15 B 17 18 19

Grauskala #13

C M

B.I.G.

